



In der Zeit vom 13. Juli bis zum 15. Juli 2018 haben Anhänger*innen der Hamas und anderer Milizen Israel durch den Beschuss mit weit über 220 Raketen und Mörsergranaten angegriffen. Dabei wurden mehrere Zivilisten verletzt. Aus diesem Anlass hat der Koordinierungskreis Emanzipatorische Linke am Montag, den 23. Juli den folgenden Beschluss gefasst:

Antrag an den Parteivorstand DIE LINKE

Free Gaza from Hamas!

Der Parteivorstand DIE LINKE möge beschließen:

DIE LINKE verurteilt die Raketenangriffe der Hamas und anderer Milizen aus Gaza auf Israel auf das Schärfste und fordert ein Ende der terroristischen, gegen die Zivilbevölkerung gerichteten Raketenangriffe auf Israel.

Die Solidarität der Partei DIE LINKE gilt weder der Hamas, noch der Netanjahu-Regierung, sondern den friedenspolitisch Engagierten auf palästinensischer und israelischer Seite. Organisationen wie die Hamas stellen, gerade wegen den von ihnen vertretenen reaktionären, frauenfeindlichen und homophoben Positionen, keinerlei positiven Bezugspunkt für eine linke Politik dar.

Die Herrschaft der Hamas in Gaza hat die Situation der Frauen massiv verschlechtert. Frauen wird vorgeschrieben wie sie sich anzuziehen haben; ihre Teilhabe am politischen und gesellschaftlichen Leben wird eingeschränkt. Viele Freiheiten, die Frauen vorher hatten, wurden ihnen wieder weggenommen, zum Beispiel ihre Bewegungsfreiheit oder sogar die Erlaubnis Fahrrad zu fahren. Frauen dürfen keine Beziehungen führen, sie müssen in der Schule den Hijab tragen. Auch häusliche und sexuelle Gewalt finden durch den politischen Islam der Hamas eine Legitimation. Wir verurteilen diese Entwicklung scharf.

Wir kritisieren die Ignoranz gegenüber der reaktionären, frauenfeindlichen, homophoben und antisemitischen Ideologie der Hamas, wie sie in Teilen unserer Partei existieren. Für die Partei DIE LINKE gibt es keine Zusammenarbeit mit Organisationen, die sich positiv auf die Hamas beziehen.

Selbstmordattentate, „menschliche Schutzschilde“, gezielte Tötungen und der Beschuss von Ansiedlungen jenseits der Grenzen von Gaza treffen die Zivilbevölkerung, sie sind daher kein Widerstand, sondern Terror. Wir lehnen eine kollektive Bestrafung ebenso ab wie auch jede Form des Fundamentalismus.

Kritik an der Politik Israels muss sich klar von jedem Antisemitismus unterscheiden. Das gilt gerade in einem Land, das bis heute mit den Folgen der Verstrickung großer Teile der Bevölkerung in die

Shoa nicht im Reinen ist. Bei einseitig formulierter Kritik besteht stets die Gefahr antisemitische Ressentiments in der Bevölkerung zu befördern und zu bestärken.

Der Parteivorstand der Partei DIE LINKE ist davon überzeugt, dass es derzeit keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung gibt, für die international geworben und die auf politischem Weg durchgesetzt werden muss.

Begründung zum Antrag:

„Das Palästinensische Volk wird sein Land befreien, mit Blut, mit Märtyrern, mit Frauen und mit Kindern! Wir werden niemals unser Land aufgeben, das Land unserer Väter und Vorfahren. Wir werden kommen und diesen Grenzzaun niederreißen mit den Fingernägeln unserer Kinder, nach Allahs Willen!“, verkündete ein Würdenträger des Al-Sawarka Clans aus Gaza im Al-Aqsa TVSender

der Hamas am 29. März diesen Jahres. [1] Schon im Vorfeld der von ihr organisierten Proteste anlässlich des „Großen Rückkehrmarsches“ zum 70. Jahrestag der „Nakba“ von Gaza aus griff die Hamas Israel immer wieder mit Raketen von oben, über Tunnel von unten an. [2] während Proteste Anlässlich des „Großen Rückkehrmarsches“ verbrannten Kämpfer der Hamas an der Grenze zu Israel Reifen, brachten Sprengfallen an, attackierten die israelischen Grenztruppen mit Brandsätzen und Steinen und versuchten, die Sicherheitsanlage zu überrennen, sowie Schäden in dahinterliegenden Landwirtschafts- und Wohngebieten durch selbstfliegende Brandsätze (Ballons und Drachen) zu verursachen. [3]

Der „Große Rückkehrmarsch“ zum 70. Jahrestag der „Nakba“, der Flucht und Vertreibung von ungefähr 600.000 Araber*innen aus dem Gebiet des heutigen Israel, ist Teil der Strategie der Hamas. Sie weiß, dass sie ihren Kampf militärisch nicht gewinnen kann und versucht jetzt mehr denn je, den Propagandakrieg für sich zu entscheiden und Israel international zu isolieren. Das zynische Kalkül: je mehr Bilder von Toten und Verwundeten, desto größer der politische Schaden für den Gegner. Und weil Bilder von getöteten Frauen und Kindern am wirkungsmächtigsten sind, schickt sie diese an die vorderste Front.

In der eigenen Bevölkerung dürfte diese Strategie nur auf verhältnismäßig geringe Gegenliebe stoßen. Schon zum Auftakt der Proteste, die bis Mitte Mai andauern sollen, erschien nur ungefähr ein Drittel der von den Organisatoren erhofften 100.000, [4] und nur ein relativ kleiner Teil davon beteiligte sich an den Ausschreitungen.

Issam Hammad, einer der Gründer der Bewegung und stellvertretender Vorsitzender des Internationalen Ausschusses des Komitees für den „Großen Rückkehrmarsch“, hält mit den Absichten der Aufmärsche nicht hinter dem Berg: „Wir werden den Befehl geben, und alle werden gleichzeitig losgehen. 70 Jahre lang hat Israel uns in einem Dampfdruckkessel festgehalten. Jetzt ist das Spiel endgültig vorbei. Entweder lässt Israel uns heimkehren, oder der Dritte Weltkrieg beginnt“ [5] – Unverblümter kann man nicht zur Zerstörung Israels aufrufen.

Die Breite von Positionen in der linken Debatte um die Nahostkonflikte verdeutlicht vor allem die Tiefe der Gräben im linken Diskurs und zeigt die Notwendigkeit einer sachlichen Auseinandersetzung. "Jedoch ist ein gewisser Konsens, in der auf gesellschaftliche Veränderung, sowie auf soziale und demokratische Rechte orientierten Linken, wünschenswert. Auch im Sinne der Bekämpfung rechtsradikaler Unterwanderungsversuche von sozialen Bewegungen müssen sich bestimmte Essentials durchsetzen: Schließlich dürfte niemandem die verlogene Palästina-Solidarität, der plumpe Antiamerikanismus und die geheuchelte Friedensdemagogie in einem Teil der radikalen Rechten entgangen sein. Zu einem solchen Essential gehört die bedingungslose Anerkennung des Existenzrechts Israels.“[7]International, wie im eigenen Land, sollte DIE LINKE keine Aufrufe oder Aktionen zum Nahostkonflikt unterstützen, die sich nicht ausdrücklich für das Existenzrecht Israels aussprechen.

Mit dem gewaltsamen Vorgehen des israelischen Militärs gegen die Massenproteste von Palästinenser*innen in Gaza im Zuge des „Großen Rückkehrmarsches“ hat die israelische Regierung leichtfertig zivile Opfer in Kauf genommen. Daran gibt es bei aller Solidarität und allem

Wissen um die besondere Situation von Israel nichts zu relativieren und nichts zu entschuldigen. Auch wäre es vermessen zu behaupten, dass der Staat Israel, seine Regierungen und sein Militär keine Verantwortung für die zahlreichen zivilen Opfer von Kriegen und Vertreibung in der Vergangenheit trügen. Bis heute sind israelische Regierungen als Besatzungsmacht auf einem nicht zu ihm gehörenden Territorium aktiv. Dass dabei Menschenrechtsverletzungen stattfanden und stattfinden, steht außer Zweifel und wurde wiederholt von israelischen Gerichten kritisiert und verurteilt.

Dieser Umstand gibt aber auch hier keinen Anlass, sich auf die Seite derer zu stellen, die Israel und seine Bevölkerung vernichten wollen. Er rechtfertigt ebenfalls nicht ein Relativieren des Existenzrechtes Israels mit dem Verweis auf das Existenzrecht eines palästinensischen Staates. Die Hamas ist eine Organisation, die in ihrer aktuellen Charta die Auslöschung Israels fordert und zur Durchsetzung dieser Ziele u.a. zu terroristischen Mitteln greift. Jihia al-Sinwar, der Chef der Hamas im Gaza-Streifen, bekräftigte den Willen der Hamas zur Vernichtung Israels am 19. November 2017: „Es geht nicht darum, ob wir Israel anerkennen oder nicht, sondern um die Frage, wann wir es auslöschen und seine Existenz beenden.“ [6] In ihrer Charta spricht die Hamas von der „Judaisierung der Wahrheit“, so dass auch dort noch expliziter Antisemitismus vorhanden ist. Bei aller Kritik an der Militärpolitik der israelischen Regierung, bei allen sozialen Problemen und bei aller zu kritisierenden faktischen Diskriminierung arabischer Bürger*innen Israels gilt es doch festzuhalten, dass Israel im Gegensatz zu seinen Nachbarstaaten seit Jahrzehnten eine funktionierende Demokratie darstellt.

Die Hamas hat es geschafft, seit dem Abzug des israelischen Militärs im September 2005 in Gaza eine islamistische Diktatur zu etablieren. Frauen werden unterdrückt, schwule Männer bestialisch ermordet, Alkohol und Unterhaltung, wie Kino oder laute Musik, sind verboten, Kritik oder Opposition am Kurs der Hamas ist genauso unmöglich, wie eine Zusammenarbeit mit der israelischen Seite (worauf die Todesstrafe steht). Antiisraelische und antisemitische Propaganda in den Hamas-eigenen Medien ist genauso gang und gäbe wie in den mit internationalen Hilfsgeldern unterstützten Schulen.

Die Hamas ist allerdings nicht nur eine Gefahr für Israel und für Jüdinnen und Juden, sondern auch für die Menschen, die im Gazastreifen leben und/oder sich gegen die Hamas wehren. Hilfsmittel, die in den Gazastreifen fließen, wie beispielsweise finanzielle Mittel oder Baumaterialien, werden nicht zur Verbesserung der Situation der Bevölkerung eingesetzt, sondern um Waffen zu kaufen und für den Terrorismus genutzte Tunnel zu bauen. Diese Waffen werden von der Hamas oft in Krankenhäusern oder Schulen, auch solchen unter UN-Aufsicht, gelagert. Die Raketenabschussstationen der Hamas werden in aller Regel ebenfalls in Wohngebieten oder nahe Schulen und Krankenhäusern aufgebaut. Dies zeigt eindrücklich, dass es der Hamas nicht um die Menschen im Gazastreifen geht, sondern darum, Israel zu vernichten. Tote Zivilist*innen werden hierfür billigend in Kauf genommen, um diese anschließend für Propaganda gegen Israel instrumentalisieren zu können. Zudem sind menschliche Schutzschilder nach Genfer Konvention sowohl in internationalen und nicht internationalen bewaffneten Konflikten verboten. Jede*r tote*r Zivilist*in ist eine*r zu viel!

Es ist unerträglich, dass die reaktionären Positionen der Hamas von so manchen „antiimperialistischen“ Kräften verharmlost werden, statt ihren Charakter klar zu benennen: eine islamistische, frauenfeindliche, homophobe und vor allem antisemitische Terrororganisation, gegen die vorgegangen werden muss.

Die Forderung aller Linken kann aus all diesen Gründen nur lauten: „Free Gaza from Hamas!“

[1] <https://www.memri.org/tv/gaza-tribal-dignitary-liberate-land-with-martyrs-women-and-children>

[2] <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5200666,00.html>

[3] <https://www.timesofisrael.com/hamas-threatens-to-launch-5000-fire-kites-balloons-friday/>

[4] <https://www.ynetnews.com/articles/0,7340,L-5210347,00.html>

[5] <https://www.welt.de/politik/ausland/article175061396/Gaza-Proteste-Organisatoren-drohen-Israel-mit-Drittem-Weltkrieg.html>

[6] <https://www.abendblatt.de/politik/ausland/article212288643/Hamas-Vertreter-bekraeftigt->

Zieler-

Zerstoerung-Israels.html

[7] [https://www.katja-kipping.de/de/article/452.jenseits-von-antizionismus-und-antideutschenuspitzungen.](https://www.katja-kipping.de/de/article/452.jenseits-von-antizionismus-und-antideutschenuspitzungen)

html